

Rolf Rosenbrock

## 90 Jahre Parität: Ausblick und Verpflichtung

Rede zum 90. Geburtstag des Paritätischen

am 7. April 2014 in der ufaFabrik in Berlin-Tempelhof



Liebe Gäste, liebe Ehrengäste,  
liebe Paritätärinnen und Paritätär,

ich freue mich sehr, als Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbandes anlässlich des 90. Geburtstages unseres Verbandes heute zu Ihnen sprechen zu dürfen.

Mit über 10.000 Mitgliedsorganisationen, die ungefähr 40.000 Einrichtungen betreiben, in denen mehr als 600.000 Menschen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen und mit weit mehr als 1 Mio. ehrenamtlich Tätigen sind wir der drittgrößte unter den sechs Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege in Deutschland. Und wir wachsen weiter, quantitativ und qualitativ.

Das ist eigentlich ein Wunder. Denn bei seiner Gründung heute vor 90 Jahren, am 7. April 1924 war der – damals hieß er noch – ‚Vereinigung der freien privaten gemeinnützigen Kranken- und Wohlfahrtseinrichtungen Deutschlands‘ im Grunde nichts weiter als ein funktionaler Zweckverband von knapp 100 Einrichtungen der Erziehungs- und Krankenpflege und der wirtschaftlichen Fürsorge. Der Verband wurde gegründet zur Abwehr von Bestrebungen, die gesamte Wohlfahrtsarbeit in den staatlichen Bereich zu verlagern, zur Sicherung der Gemeinnützigkeit seiner Mitglieder und – sagen wir es offen – zur Erlangung von staatlichen Zuschüssen, die an die Existenz eines Spitzenverbandes gebunden waren. Es gab keine gemeinsame religiöse oder ideologische Bindung wie bei den anderen Wohlfahrtsverbänden. Der Verband war zunächst ein Sammelbecken, eine Koalition von Organisationen und Institutionen, die eben nicht durch ein positives Programm zusammen

gebunden waren, sondern gerade durch die Abwesenheit einer solchen Gemeinsamkeit.

In seiner Geschichte ist es dem Paritätischen gelungen, aus genau dieser scheinbaren Schwäche seine eigene Stärke zu entwickeln. Es war ein mühsamer und über viele Kontroversen und Reflektionen führender Weg, bis der Verband aus dem Neben- und zum Teil Gegeneinander vieler Ansätze und Ideen jenes Selbstverständnis entwickelt hatte, das uns heute verbindet und auf das wir stolz sind und stolz sein dürfen: Für die Arbeit des Paritätischen ist die gleichberechtigte Förderung unterschiedlicher Ansätze sozialer Arbeit konstitutiv. Sie ist „getragen von der Idee der Parität, das heißt der Gleichheit aller in ihrem Ansehen und in ihren Möglichkeiten, getragen von Prinzipien der Toleranz, Offenheit und Vielfalt. In diesem Sinne will der Paritätische Mittler sein zwischen Generationen und zwischen Weltanschauungen, zwischen Ansätzen und Methoden der sozialen Arbeit.“ So steht es in den Grundsätzen unserer Verbandspolitik.

Und – das darf ich nach zwei Jahren als Vorsitzender sagen – das leben wir auch. Wir sind kein Wohlfahrtskonzern mit zentraler Steuerung und Befehlswegen von oben nach unten. Die Mitgliedsorganisationen reagieren hoch sensibel auf jeden Versuch der Vereinheitlichung und Vereinnahmung. Dafür sind sie umso aktiver, wenn es um die Darstellung ihrer je eigenen Sichtweisen und Ansätze geht. Daraus resultieren auf allen Arbeitsfeldern beständige fruchtbare inhaltliche Impulse, denen wir im Gesamtverband Raum und Forum zu geben versuchen. Diese Eigen-Sinnigkeit in

der Mitgliedschaft, dieses Aneinander-Reiben unterschiedlicher Konzepte und Strategien ist dabei stets getragen von Respekt, nicht nur vor unseren Klienten, sondern auch in der Debatte oder auch Kontroverse. Respekt ist mehr als Toleranz, Respekt heißt, den anderen in seinem Anderssein nicht nur zu Kenntnis zu nehmen – das wäre bloße Toleranz – sondern Respekt heißt auch, sich für die Gründe und die Struktur des Andersseins zu interessieren, den Versuch zu unternehmen, es zu verstehen und daraus zu lernen. Dass wir trotz dieser Verschiedenheit in den meisten Fällen zu einheitlichen Positionen im Verband kommen, zeigt, dass wir es Ernst meinen mit Offenheit, Vielfalt und Toleranz. Wir können einander zuhören und das Anderssein, die Vielfalt auch zulassen. Nach meiner Wahrnehmung schaffen wir dadurch nicht nur ein freundliches, kollegiales und oft freundschaftliches Miteinander, sondern legen damit zugleich die Fundamente für inhaltliche Produktivität und inhaltliche Innovationskraft.

Gleicher Respekt vor jedem Menschen und gleiche Chancen für jeden Menschen – das ist auf den ersten Blick konsensfähig und die Formel klingt auf den ersten Blick auch harmlos und verbindlich.

Aber auch nur auf den ersten Blick. Schauen wir auf die heutige gesellschaftliche Realität, dann ist die Forderung nach Chancengleichheit ebenso wie die Forderung nach respektvollem Umgang v. a. mit Schwächeren und Wehrlosen geradezu ein Kampfprogramm. Denn von Chancengleichheit im Hinblick auf Gesundheit, Bildung, Betreuung, Pflege und Entwicklung ist unsere Gesellschaft noch sternenweit entfernt. Und mit dem gleichen Respekt für jeden Menschen sieht es leider nicht besser aus.

Sie – unsere Mitglieder erleben dies jeden Tag als Regel und sind geradezu beglückt, wenn es in ihrer Arbeit auch mal Ausnahmen von dieser Regel gibt. Sie – unsere Mitglieder sind an allen Bruchstellen der Gesellschaft unterwegs, über-

all dort, wo es gilt, Schwache zu unterstützen, zur Selbsthilfe zu befähigen, Notlagen zu bearbeiten, die Lücken sozialstaatlicher Fürsorge zu füllen. Sie – unsere Mitglieder sind – gerade wegen der Vielfalt unseres Verbandes und seiner Arbeitsfelder – das beste Nervensystem der Gesellschaft, Ihre täglichen Erfahrungen bieten in Summe das detaillierteste und tiefenschärfste Bild der Schattenseiten unserer Gesellschaft.

*Denn von Chancengleichheit  
im Hinblick auf Gesundheit, Bildung,  
Betreuung, Pflege und Entwicklung  
ist unsere Gesellschaft  
noch sternenweit entfernt.  
Und mit dem gleichen Respekt  
für jeden Menschen sieht es  
leider nicht besser aus.*

Worauf ich hinaus möchte ist die Feststellung, dass in Auswertung dieser Erfahrungen mit großer Sicherheit festgestellt werden kann, dass der Bedarf nach sozialer Arbeit, nach Hilfe für Menschen mit Behinderungen, nach Kinder-, Jugend- und Familienhilfe,

nach gesundheitlicher Selbsthilfe, nach Hilfe und Pflege für Ältere Menschen, nach der Arbeit mit Migrantinnen und Migranten, nach Unterstützung in sozialen Notlagen auch bei relativ guten Wirtschaftsdaten, bei relativer Entspannung auf dem Arbeitsmarkt und bei sprudelnden Staatseinnahmen nicht kleiner sondern größer wird. Dass wir also mehr denn je gebraucht werden.

Wir – damit meine ich jetzt nicht nur den Paritätischen, sondern die so schön genannte Zivilgesellschaft, den Dritten Sektor, den auch wirtschaftlich bedeutenden Sektor, der nicht Markt ist und auch nicht Staat, der weder dem Diktat der Gewinnmaximierung noch den Zwängen des Verwaltungshandelns unterworfen ist, sondern der Logik der bürgerschaftlichen Selbstgestaltung folgt. Denn in all den genannten Bereichen erbringt der dritte Sektor, erbringt die Zivilgesellschaft Leistungen, die eben nicht nur für bessere Kitas, mehr Gesundheit und die Linderung unmittelbarer Not erforderlich, sondern auch zur Aufrechterhaltung und erst recht zur Weiterentwicklung eines zivilisierten Zusammenlebens unverzichtbar sind.

Diese Leistungen können von niemandem sonst erbracht werden, weder vom Staat, noch über den Markt.

Für diese Leistungen gibt es keinen Markt: Zum einen fehlt es bei den Zielgruppen meistens an den finanziellen Voraussetzungen für eine kaufkräftige Nachfrage. Zum anderen sind diese Leistungen oft nicht in die Grundlogik unserer Gesellschaft einzuordnen: den individuellen Tausch. Auch deshalb, weil sich die Angebote oft eben nicht auf Individuen, sondern auf Gruppen oder Sozialräume beziehen.

Wichtiger aber noch: Werden solche Leistungen unter dem Primat der Gewinnerzielung erbracht, verkehrt sich der Blickwinkel, werden aus Klienten und Schutz- oder Pflegebedürftigen eben Kunden, mit denen man in erster Linie nicht deshalb etwas zu tun hat, weil sie Pflege, Förderung, Unterstützung brauchen, sondern weil man an ihnen und ihren Problemen Geld verdienen kann und muss. Damit aber verkehren sich die Prioritäten – zunächst häufig unmerklich, im weiteren Verlauf aber stets auf Kosten der erforderlichen menschlichen Qualität und der menschlichen Zuwendung. Allermeistens geht dies am Stärksten auf Kosten der Schwächsten unter den Schwachen, die ursprünglich im Mittelpunkt gestanden hatten. Und darum kann, darf und wird es mit uns keine ökonomistische Durchdringung der Sozialen Arbeit geben.

Aber auch der Staat kann nicht, was wir können: Wer würde in eine staatlich organisierte Gruppe der gesundheitlichen Selbsthilfe gehen? Wie wären die Vielfalt der Schicksale in der Gefährdetenhilfe oder die Herausforderungen der Arbeit mit Flüchtlingen und Migranten oder die Entwicklung neuer Bildungsangebote mit der Normierung und Schematik staatlichen Verwaltungshandelns zu bewältigen? Was passiert, wenn Programme unter dem – für staatliches Handeln notwendigen – Kriterium der Massenverwaltungstauglichkeit entwickelt werden, erleben wir exemplarisch am Bildungs- und Teilhabepaket für arme Kinder – monströs bürokratisch, teuer und an den Bedürfnissen vorbei.

*Was passiert, wenn Programme unter dem – für staatliches Handeln notwendigen – Kriterium der Massenverwaltungstauglichkeit entwickelt werden, erleben wir exemplarisch am Bildungs- und Teilhabepaket für arme Kinder – monströs bürokratisch, teuer und an den Bedürfnissen vorbei.*

Es gab eine Zeit in Deutschland, da gab es einen breiten Konsens darüber, dass soziale Arbeit in diesem umfassenden Sinne eine Aufgabe der freien, gemeinnützigen Wohlfahrt sei. Die erforderlichen Selbstkosten finanzierten sich über den Staat und durch Spenden und Beiträge. Das waren die goldenen Jahre der alten Bundesrepublik, die Zeiten des Wirtschaftswunders, Vollbeschäftigung, beständiges Wachstum, Verteilung nach der Logik des Rheinischen Kapitalismus, die Verbände, auch die Wohlfahrtsverbände wichtige Akteure, deren begründeten Wünschen nahezu regelmäßig entsprochen wurde. Denn Ausgleich und sozialer Frieden waren wichtige Zielmarken politischen Handelns.

Ulrich Schneider hat in einer aktuellen Studie<sup>1</sup> herausgearbeitet, dass es drei aufeinander aufbauende und nacheinander gestellte Fragen an die Soziale Arbeit sind, die uns heute in eine tendenziell prekäre Situation bringen.

Die erste der drei Herausforderungen kam aus Praxis und Theorie der sozialen Arbeit selbst, die schon in den 60er Jahren die Frage nach der Qualität und der Wirkung sozialer Arbeit aufwarfen. Es war die Frage, ob Soziale Arbeit auch erreicht, was sie erreichen will. Und zwar nicht nur in Tätigkeits- und Qualitätsberichten für die Zuwendungsgeber, sondern bei den Klientinnen und Klienten, also dort, wo es darauf ankommt. Diese selbst gestellte Frage löste eine hoch produktive methodische Durchdringung der eigenen Arbeit aus. Sie führte – im Verbund mit den Debatten über emanzipatorische Sozialarbeit, über die gesellschaftliche Verantwortung von Dienstleistern, ihren Verbänden und auch der Wissenschaft – zu einem Schub an Innovation, Qualität, Reflektion und Professionalisierung, von dem wir heute noch profitieren. Es wurde in Theorie und Praxis klar,

<sup>1</sup> Ulrich Schneider: Mehr Mensch! Gegen die Ökonomisierung des Sozialen, Westend Verlag, Frankfurt/Main (erscheint im September 2014). [www.der-paritaetische.de/pressebereich/mehr-mensch/](http://www.der-paritaetische.de/pressebereich/mehr-mensch/)

dass Menschen nicht in Bedarfsaspekte zu zergliedern sind. Menschen können hingegen nur verstanden und richtig unterstützt werden, wenn wir sie ganzheitlich und ihren sozialen Bezügen und Beziehungen verstehen. Es wurde klar, dass soziale Arbeit immer Beziehungsarbeit zwischen Individuen ist und sich deshalb auch nicht umstandslos für Standardisierung und Indikatorensteuerung eignet. Insbesondere wurde deutlich, dass die Qualität der Leistungen von den Methoden abhängt, dass Methoden nicht losgelöst von unserem Menschenbild gewählt werden und dass jedem Menschenbild Werte zugrunde liegen. Dass also die Reflektion über die Werte am Anfang, unterwegs und auch am Ende stehen muss, dass die Werte auch bei Methoden und Qualitäten immer mitbedacht werden müssen.

Die Frage nach der Qualität, nach der Wirksamkeit und damit nach der Effektivität war also eine fruchtbare Frage, sie beförderte die Professionalisierung der inhaltlichen Arbeit.

Das gilt in Grenzen auch für die zweite Frage, die im Laufe der 80er Jahre an uns gestellt wurde. Diese Frage kam von außen, v.a. vom Staat, unter dem Druck zunehmender Knappheit in den öffentlichen Kassen.

Die zweite Frage lautete im Kern, ob es nicht auch billiger gehen könnte, es war die Frage nach der Effizienz. Wo diese Frage nicht gleich mit der plumpen Übertragung betriebswirtschaftlicher Konzepte aus der Gewinnwirtschaft beantwortet wurde, wo also Werte und Menschenbild berücksichtigt blieben, kam es auch in Antwort auf diese Frage zu sinnvollen Modernisierungen, sinnvolle und moderne Konzepte von Sozialwirtschaft – ‚proud to be not for profit‘ – entwickelten sich, und die Effizienz steigerte sich. Paritätische Träger waren schon immer gezwungen gewesen, mit begrenzten Mitteln zu wirtschaften – und sie haben sich dem Wettbewerb nicht nur aktiv, sondern auch mit und aus Überzeugung gestellt. Das wirtschaftliche Wachstum bei gleichzeitiger Wah-

lung des Profils belegt, dass sie damit erfolgreich waren und sind und dass wir im Paritätischen unter diesem Aspekt mit großem Selbstbewusstsein in die Zukunft gehen können.

Derart Positives lässt sich nicht über die dritte Frage berichten, mit der wir uns seit Mitte der 90er Jahre, der Zeit des Übergangs zum vom Finanz-

markt getriebenen Kapitalismus, konfrontiert sehen. Es geht nicht mehr darum, ob wir bedürftigen Menschen wirksam helfen, ob wir dafür so wenig wie möglich Ressourcen verbrauchen, sondern es geht im Kern um die Frage, ob bedürftigen Menschen überhaupt geholfen werden soll. Es ist die Hegemonie des Utilitarismus, die

zunehmende Durchdringung aller gesellschaftlichen Bereiche mit der Logik des individuellen Tausches und der individuellen Maximierung des materiellen Nutzens, es ist die Kolonialisierung der Lebenswelten durch das Denken und Fühlen in Kategorien des Marktes. Dieses Denken hat noch vor wenigen Jahrzehnten undenkbare Fragen nahezu gesellschaftsfähig gemacht.

Es wird dann nicht mehr nach dem Wert sozialer Arbeit für den Menschen gefragt, sondern danach, ob die Gesellschaft einen ‚Mehrwert‘ hat, wenn auch den Schwächsten geholfen wird. Wer auf diese Frage keine Antwort in Euro und Cent geben kann, kommt zunehmend in Bedrängnis. Dass es hier um Werte geht wie Zusammenhalt, Wärme, Sicherheit, Geborgenheit, Entwicklung – letztlich nicht nur für die Klienten, sondern für die gesamte Gesellschaft –, lässt sich aber nicht in Euro und Cent ausdrücken.

Gewiss, auf der programmatischen Ebene und meist auch praktisch leben wir in einem insgesamt recht gut funktionierenden Sozialstaat. Aber an den Bruchstellen der Gesellschaft – im Umgang z. B. mit Arbeitslosen, die Vermittlungshemmnisse haben, im Umgang mit behinderten Menschen, im Umgang mit älteren Menschen und auch mit

*Insbesondere wurde deutlich,  
dass die Qualität der Leistungen  
von den Methoden abhängt,  
dass Methoden nicht losgelöst  
von unserem Menschenbild  
gewählt werden und  
dass jedem Menschenbild  
Werte zugrunde liegen.*

Flüchtlingen – wird eher hinter vorgehaltener Hand, aber immer spürbarer die Frage gestellt, ob es nicht reicht, diese Menschen ruhig zu stellen und auf unterstem Niveau materiell zu alimentieren, ob Pflege für alte und behinderte Menschen wirklich mehr sein muss als das alte ‚warm, satt und sauber‘. Anstatt auch für sie den bei menschenfreundlicher Anwendung unzweifelhaft richtigen Anspruch auf Teilhabe und Aktivierung, also letztlich den Anspruch auf ‚Fördern und Fordern‘ gelten zu lassen.

Der Anteil der Sozialausgaben am BIP ist von 2009 bis 2012 kontinuierlich um zwei Prozentpunkte von 31,5 Prozent auf 29,6 Prozent gesunken – und jeder Prozentpunkt bedeutet 25 Mrd. Euro. Aber das ist immer noch eine Menge Geld. Auch leiden weder die Freie Wohlfahrts- pflege im Allgemeinen noch der Paritätische im Besonderen unter einem Mangel an öffentlicher Wertschätzung und öffentlichem Lob. Aber wir sollten uns nicht in Sicherheit wännen. Denn auch der alte Korporatismus, also die Sicherheit, mit unseren Anliegen beim Staat ein offenes Ohr zu finden, funktioniert nicht mehr so. Da haben längst andere Kräfte und Akteure den Zugang nicht mehr nur zum Ohr, sondern auch direkt zu Haushaltsmitteln gefunden. Dass auch wir noch gehört werden, scheint aber oft und zunehmend öfter leider eher symbolischen Charakter zu haben.

Der Zeitgeist also weht in Richtung auf ‚ich tue und bezahle nur, was mir selber nützt‘ und ‚Geiz ist geil‘. Das bringt unsere Arbeit, das bringt soziale Arbeit insgesamt in eine schwierige und sehr grundsätzliche Defensive.

Ich möchte im letzten Teil meines Vortrags einige Gedanken entwickeln, wie wir darauf sinnvoll reagieren können, um gemeinsam mit anderen diesem Zeitgeist entgegen zu treten.

Sinnlos erscheint es mir – das vorweg – auf die Frage nach dem Mehrwert sozialer Arbeit in Euro und Cent mit einer Antwort in Euro und Cent zu

reagieren. Das aber tun heute zahlreiche Sozial- wirtschaftsberichte. Sie zeigen, dass der Staat mehr Steuern, die Sozialversicherungen mehr Beiträge einnehmen, dass der örtliche Handel mehr Umsatz macht, weil die Betroffenen mehr Einkommen haben, dass also das Bruttoinlands- produkt (BIP) steigt, wenn soziale Arbeit wirkt. Dass soziale Arbeit nicht nur Kosten verursacht,

*Dass es hier um Werte geht wie  
Zusammenhalt, Wärme, Sicherheit,  
Geborgenheit, Entwicklung –  
letztlich nicht nur für die Klienten,  
sondern für die  
gesamte Gesellschaft –,  
lässt sich aber nicht  
in Euro und Cent ausdrücken.*

sondern auch wirtschaftliche Erträge für die Gesellschaft erbringt. Gut, damit kann man man- chen gutwilligen Politiker beruhigen und seine Ausgabenbereitschaft erhöhen. Aber: heißt das, dass wir soziale Arbeit mit den Menschen unter- lassen sollen, für die eine solche Rechnung nicht aufgeht? Ist die Höhe des *return of investment* ein

annehmbarer Maßstab für Prioritätensetzung in der sozialen Arbeit? Machen wir überhaupt Soziale Arbeit, damit das BIP steigt?

Auf diese Weise kommen wir nicht aus der De- fensive. Gewiss haben wir keine Einwände, wenn im Ergebnis unserer Arbeit das BIP steigt. Aber wir tun unsere Arbeit aus anderen Gründen. Uns geht es um mehr und etwas Anderes. Uns geht es um gleiche Chancen für jeden Menschen und gleichen Respekt vor jedem Menschen; um die Überwindung von Hindernissen die diesen Zielen entgegen stehen; um Teilhabe – physische, psychische, soziale, materielle Teilhabe. Da ist das BIP, kein geeigneter Maßstab, denn es ist blind gegenüber gesellschaftlichen Zielen und Werten. Da müssen wir andere Konzepte wie gesellschaftliche Kohärenz, Verwirklichungschancen, Teilhabe und Lebensqualität in Stellung bringen. Ob sich die so bequem quantifizieren lassen wie das BIP bezweifle ich. Aber ist Quantifizierung das Kriterium von Richtigkeit oder gar Wahrheit? Albert Einstein hat einmal gesagt: „Nicht alles was zählt, ist zählbar, und nicht alles was zählbar ist, zählt.“

Wir müssen der auf uns zu kommenden ideologi- schen Delegitimierung mit einer offen auf Werte basierten Offensive begegnen.

Das wird sicherlich keine einfache Auseinandersetzung, denn es geht natürlich nicht nur um Werte, sondern auch um Geld und Hegemonie. Uns geht es um Zusammenhalt, gesellschaftliches Bindegewebe, Solidarität und Mitmenschlichkeit. In dieser Auseinandersetzung stehen wir nicht allein, sondern wir haben dabei auch viele Verbündete. Denn es gibt viele soziale Bewegungen, die ähnliche Ziele verfolgen. Und der Anteil der Menschen mit nicht oder postmateriellem Werteprogramm ist zwar nicht die Mehrheit, nimmt aber zu.

Die offensive Akzentuierung der Werte, die wir vertreten, hat – wenn wir sie in Verbandspolitik übersetzen – mindestens vier Implikationen.

Die erste betrifft die Qualität unserer Leistungen. Natürlich müssen wir die Qualitäten unserer Arbeit ermitteln, verbessern und dokumentieren. Aber oft genug verkommt diese Form der Qualitätssicherung und Qualitätsdokumentation zu einer bloßen Alibiveranstaltung. Für Zuwendungsgeber und Finanziers wird mit Qualitätsdokumentationen mit Daten und Zahlen gewissermaßen eine eigene Benutzeroberfläche gestaltet und abgeliefert, in der es ausschließlich um die formalen und quantifizierbaren Aspekte der Leistungen geht. Das Eigentliche – der Gewinn an Teilhabe und Lebensqualität für unsere Klientinnen und Klienten, die Beziehungsarbeit, die Vermehrung von Zusammenhalt und Vertrauen – geht dabei unter. Wenn wir die Werte-Debatte offensiv führen wollen, müssen wir uns Gedanken darüber machen und Konzepte entwickeln, wie wir diese Aspekte auch als Qualitäten unserer Arbeit darstellen können. Aus meinen Erfahrungen im Gesundheitsbereich und mit Gesundheitsförderung weiß ich, dass das schwierig und oft nicht quantifizierbar ist. Aber es ist nicht unmöglich, die Vermehrung von Selbstwertgefühl und Selbstwirksamkeitsgefühl, die Verstärkung der Verankerung in sozialen Netzwerken und das Wachsen der Lust auf die eigene Zukunft zu beschreiben und zu dokumentieren. Nur wenn es uns gelingt, diese Aspekte auch als unverzichtbare und von niemandem sonst zu er-

bringende Qualitäten unserer Arbeit darzustellen und öffentlich zu machen, können wir in der Wertediskussion wieder in die Offensive kommen.

Die zweite Implikation betrifft das Thema Innovation. Da wird uns ja vor allem von marktreligiöser Seite, also von Menschen, die ganz fest davon ausgehen, dass der Markt sowieso alles besser regelt als Staat und Zivilgesellschaft, immer mal wieder vorgeworfen, wir seien innovationsschwach; als gemeinwirtschaftliche Organisationen seien wir der Unternehmerpersönlichkeit von vornherein unterlegen. Dem ist zunächst entgegen zu halten, dass das empirisch einfach nicht stimmt. Innovationen der Sozialen Arbeit entstehen vor

allem in unseren Organisationen, und sie lassen sich nur mit und in den Wohlfahrtsverbänden in die Fläche tragen. Für jede neue Anregung und Initiative, Leistungen stärker an den Bedürfnissen und Problemen der Menschen zu orientieren, sind wir offen; wir suchen solche Anregungen und wir fördern sie auch. Deshalb müssen wir uns mit unseren Leistungen nicht verstecken. Das liegt vor allem auch daran, dass wir über besonders zahlreiche, eigene Quellen der Innovation verfügen. Diese Quellen speisen sich aus der praktischen Arbeit unserer Mitgliedsorganisationen vor Ort und damit letztlich aus unseren Werten und der Wertegebundenheit unserer Arbeit.

Die Jahrhundertinnovation in der Wohlfahrt ist der Übergang von der paternalistischen Fürsorge zur partnerschaftlichen Aktivierung und Ressourcenförderung auf nahezu allen Feldern unserer Arbeit. Diese Innovation resultierte nicht aus Kosten- oder Marktüberlegungen, sondern aus den v.a. gemeinwirtschaftlich gewonnenen Erfahrungen und der Arbeit mit unseren Klientinnen und Klienten. Der Paritätische hat in den 70ern und 80ern im Zuge dieser Innovation z.B. erst nach kontroversen Diskussionen die gesundheitsbezogene Selbsthilfe als Wohlfahrtsarbeit anerkannt, aufgenommen und weiter gefördert.

*Aber ist Quantifizierung  
das Kriterium von Richtigkeit  
oder gar Wahrheit?*

*Albert Einstein hat einmal gesagt:  
„Nicht alles was zählt, ist zählbar,  
und nicht alles was zählbar ist,  
zählt.“*

Zuhören und Zulassen sind für soziale Arbeit, so wie wir sie verstehen, die wichtigsten Quellen sozialer und dann auch institutioneller Innovationen. Dieses Zuhören und Zulassen sind aber eine direkte Konsequenz der Werte, die unserer Arbeit zugrunde liegen. Deshalb sind die Frauenhäuser, die Migrantinnen-Selbstorganisationen, die Aids-Hilfen und viele andere Innovationen als Mitglieder in unserem Verband und finden bei uns ein Umfeld, in dem sie sich entwickeln können.

Eine weitere Quelle wertgebender Innovation stellt der bereits erwähnte Umgang mit Qualität dar: wenn wir bei der Qualitätssicherung vor allem auch auf unsere Klientinnen und Klienten hören – sei es in der Kita, in der Pflege, in der Jugend- und Bildungsarbeit, in der Arbeit mit alten und kranken und arbeitslosen Menschen, mit Migrantinnen und Migranten – dann ergeben sich daraus immer wieder neue Probleme, die neue Lösungen, also Innovationen verlangen und befördern. Ob sich diese Innovationen gleich oder später ‚rechnen‘ ist zweitrangig, erstrangig wichtig ist die Tatsache, dass sie besser geeignet sind, die Werte zu befördern, die unserer Arbeit zugrunde liegen: Annäherung an Chancengleichheit, Selbstbestimmung, Teilhabe, Aktivierung, soziale Verankerung. Wenn wir so an das Thema Innovation herangehen, können wir auch auf diesem Feld wieder in die Offensive kommen.

Die dritte Implikation betrifft das Wächteramt des Verbandes. Ich erwähnte es bereits: Unsere mehr als 10.000 Mitgliedorganisationen bilden das feinste und am stärksten verzweigte Nervensystem zu den Bruchstellen und dunklen Ecken unserer Gesellschaft. Und unser Wertekompass sagt uns, dass Soziale Arbeit mehr sein muss als ein Notpflaster und mehr als unmittelbare Nothilfe. Soziale Arbeit muss auch öffentlich benennen, dass ein großer Teil der bearbeiteten Probleme ihre Verursachung in der kontinuierlich weiter werdenden Öffnung der Schere zwischen Arm und Reich hat. Soziale Arbeit ist auch befugt und meines Erachtens auch verpflichtet zu benennen, wie diese Schere wirkt und durch welche

Maßnahmen dieses Dilemma zumindest verkleinert werden könnte. Deshalb veröffentlicht der Paritätische seit nunmehr 25 Jahren regelmäßig Armutsberichte und nimmt ebenso regelmäßig zu neuen Ausprägungen und Folgen der wachsenden Ungleichheit und der ihr folgenden sozial bedingten Ungleichheit Stellung. Manchmal mag dies nerven, aber es ist notwendig, um zu zeigen, dass unser Verband es ernst meint mit den Werten Respekt, Chancengleichheit und Teilhabe.

*Die Jahrhundertinnovation in der Wohlfahrt ist der Übergang von der paternalistischen Fürsorge zur partnerschaftlichen Aktivierung und Ressourcenförderung auf nahezu allen Feldern unserer Arbeit.*

Die vierte und letzte Implikation einer Strategie, mit der wir in der Frage der Werte unserer Arbeit wieder in die Offensive kommen können, betrifft Bündnisse. Zusammen mit den anderen fünf Spitzenverbänden der

Freien Wohlfahrtspflege bilden wir als Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege ein Bündnis der Wohlfahrt. Das ist gut und wichtig, aber öffentlich wenig sichtbar. Zusammen mit den Vertretern der Gebietskörperschaften und insbesondere den Kommunen bildet die freie Wohlfahrtspflege darüber hinaus den Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge – auch dies ein unverzichtbares aber ebenfalls wenig öffentlichkeitswirksames Scharnier. Wenn wir darüber hinaus mit breiter Wirkung für unsere Werte und gegen die rigorose Ökonomisierung aller Lebensvollzüge wirksam werden wollen, brauchen wir mehr und neue Bündnispartner und wir müssen auf der Straße und in den Medien sichtbar sein. Das ist für Wohlfahrtsverbände neu, denn sie sind von Natur aus sanftmütig und ausgleichend, sie wirken im Hintergrund. Aber veränderte Lagen erfordern eben auch neue Strategien. Deshalb war es aus meiner Sicht konsequent und richtig, dass der Verband in den Jahren 2012/13 zusammen mit dem globalisierungskritischen Netzwerk attac und der Gewerkschaft ver.di die Kampagne ‚UmFairTeilen‘ auf die Straße und in nahezu 100 Städte und auch in die Medien getragen hat. Auch die derzeit laufende Kampagne für die soziale Verträglichkeit der Energiewende, in der der Paritätische zusammen mit dem Deut-

schen Mieterbund, dem BUND und der Nationalen Armutskonferenz ein Bündnis gebildet hat, weist in die gleiche Richtung. Vielen sind solche Aktionsformen noch ungewohnt. Ich sehe aber keine Alternative zu dieser Ergänzung unserer ja ungebrochen und aktiv weiter verfolgten, eher weniger sichtbaren Lobby-Arbeit.

Ich glaube also und hoffe deutlich gemacht zu haben, dass ich den zum 90. Geburtstag hervorragenden Zustand unseres Verbandes und die vielen Erfolge für hart erarbeitet und redlich verdient halte. Vor 25 Jahren hieß es, dass wertorientierte gemeinnützige Soziale Arbeit keine Zukunft habe und die Wohlfahrtsverbände ein

Auslaufmodell seien. Solche Annahmen sind grandios widerlegt. Der Paritätische ist seitdem nicht nur an Einrichtungen und Diensten gewachsen, er hat auch seine Aktivitäten als Sozialanwalt und als Dienstleister für seine Mitglieder erheblich ausgebaut und verstärkt. Er ist präsent und wirkt, auf Bundesebene in Politik, Verwaltung und Medien, aber auch und vor allem durch das lebendige, tätige Engagement vor Ort, durch professionelles Handeln und freiwilliges Engagement, durch Ideen und Taten – für mehr Chancengleichheit und gleichen Respekt für jeden Menschen. Auf diesem Wege wollen wir voranschreiten. Dazu wünsche ich uns allen Kraft, Lust, Spaß und Erfolg.



**Prof. Dr. rer. pol. Rolf Rosenbrock**, Jg. 1945, Wirtschafts-, Sozial- und Gesundheitswissenschaftler, war von 1988 bis 2012 Leiter der Forschungsgruppe Public Health im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und lehrt Gesundheitspolitik u.a. an der Berlin School of Public Health in der Charité Berlin. Seine Themen sind sozial bedingte Ungleichheiten von Gesundheitschancen, Präventionspolitik sowie Steuerung und Finanzierung der Krankenversorgung. Er betreibt seit den 70er Jahren Gesundheitsforschung und Politikberatung und ist u.a. Mitglied des Nationalen Aids-Beirates (NAB) (seit 1995) sowie der Zentralen Ethikkommission bei der Bundesärztekammer (seit 2010) und Vorsitzender der Landesvereinigung Gesundheit Berlin-Brandenburg e.V. (seit 2006). Er war von 1999 – 2009 Mitglied im Sachverständigenrat der Bundesregierung für die Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen (SVR – G), Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) (2001 – 2012), von 2006 bis 2008 Mitglied des Vorstandes der Deutschen Gesellschaft für Public Health (DGPH) etc. Im April 2012 wurde er zum ehrenamtlichen Vorsitzenden des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes – Gesamtverband – gewählt.

**Kontakt:**

E-Mail: [vorsitzender@paritaet.org](mailto:vorsitzender@paritaet.org)